Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/193
13.03.2013

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

13. Sitzung (öffentlich)

13. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:40 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Stärkungspakt für Gymnasien – Ganztagsorganisation an den weiterführenden Schulen flexibilisieren und Kampagne für Ganztagsgymnasien starten 5

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1269

Ausschussprotokoll 16/147

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten ab.

2 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1188

Ausschussprotokoll 16/168

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

3 Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1625 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/181

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

4 Stärkungspakt für Gymnasien – Chancen der Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs zur Verbesserung der individuellen Förderung nutzen 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2122

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung von CDU und Piraten ab.

5 Dienstvorgesetzteneigenschaften von Schulleitungen 24

Vorlage 16/662

- Diskussion

6 Fortsetzung des Landesprogramms Bildung und Gesundheit 28

Bericht der Landesregierung

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

7 Verschiedenes 29

* * *

Aus der Diskussion

1 Stärkungspakt für Gymnasien – Ganztagsorganisation an den weiterführenden Schulen flexibilisieren und Kampagne für Ganztagsgymnasien starten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1269

Ausschussprotokoll 16/147

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Sigrid Beer (GRÜNE) bewertet für ihre Fraktion die Ergebnisse der Anhörung vom 30. Januar 2013.

Dieser Antrag sei in der Zeit verfehlt. Die kommunalen Spitzenverbände hätten das sehr deutlich gemacht.

Wenn die FDP den Antrag bei der Einführung des G8 vorgelegt hätte, um zu diskutieren, wie Schulen bei der Einführung begleitet würden, dann wäre es eine andere Folie gewesen, auf der man hätte überlegen können. Aber erst den Schulen und den Schulträgern das vor die Haustür zu kippen und dann hinterher zu sagen, jetzt mache man ein bisschen Flexibilität, sei ihres Erachtens verfehlt, vor allen Dingen, weil die Schulen schon längst weiter seien.

Es müsse darauf geachtet werden, dass es nicht um reine schulorganisatorische Dinge gehe. Herr Schöpke habe das zutreffend gesagt. Es gehe nicht darum, Kinder, Lehrer, Stoff und Raum miteinander in Verbindung zu bringen, sondern es gehe um pädagogische Konzepte. Gerade beim G8 gehe es vor allen Dingen um neue Rhythmisierung. Es gehe um das Ermöglichen von anderen Lernzeiten. Da brauche es ein konsistentes pädagogisches Konzept in einer Schule, um ein anderes Lernen in dieser Kompression des G8, wie es auf den Weg gebracht worden sei, zu ermöglichen.

Man arbeite ja immer noch daran, die Bedingungen für die Schulen zu verbessern, für das Lernen, die Absprachen in den Schulkonferenzen zu befördern. Das sei alles längst noch nicht ausgestanden. Deswegen brauche es noch Begleitmaßnahmen.

Die FDP habe aber nicht das zielführende Konzept vorgelegt. Es gehe um weitere Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung, die anderes Lernen ermögliche, auch in diesem Kontext.

Von daher sei der Antrag aus Sicht der Grünen nicht zielführend und abzulehnen.

Die Schulen hätten jetzt mit dem Instrumentarium, das ihnen zur Verfügung stehe, genügend Möglichkeiten, flexibel zu gestalten. Das sei auch sehr deutlich geworden.

Im Übrigen seien auch die Schulen, die sich auf den Weg gemacht hätten, Ganztagsschulen zu werden, von der Landesregierung begleitet worden und könnten das auch weiterhin.

Von daher seien alle Wege geebnet. Es gebe keinen zusätzlichen Entscheidungsbedarf. Den Antrag werde ihre Fraktion aus diesen Gründen ablehnen.

Renate Hendricks (SPD) kündigt an, auch die SPD werde den Antrag ablehnen. Sie könne sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin anschließen, wolle aber noch drei Aspekte ergänzen.

Frau Dr. Faber habe in der Anhörung sehr deutlich gemacht, dass eigentlich auch in der Bildungskonferenz die Schrittigkeit zum Thema „Ganztagsausbau in Nordrhein-Westfalen“ miteinander festgelegt worden sei, dort auch gemeinsam Ziele formuliert worden seien und man sich zurzeit genau auf diesem Weg befinde.

Die Mehrzahl der Anhörungsteilnehmer halte das Splitting des Ganztags im Gymnasium nicht für zielführend. Es werde immer wieder darauf hingewiesen, dass das auch mit hohen organisatorischen Problemen verbunden sei, in einem faktisch ohnehin schon bestehenden Ganztag durch G8 in den Schulen.

Insofern seien auch die Ausführungen ihrer Vorrednerin wirklich sehr präzise. Denn man habe durch das G8 ja faktisch einen Ganztag, weil die Schülerinnen und Schüler zu einem großen Teil bereits am Nachmittag da seien. Es gehe jetzt darum, diesen Nachmittag vernünftig zu rhythmisieren.

In den Stellungnahmen sei noch einmal sehr deutlich geworden, dass es auch im Hinblick auf den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern und im Hinblick darauf, dass man allen Kindern eine Chance geben sollte, eigentlich Ziel eines Gymnasiums sein sollte, in einen Ganztag einzutreten und sich dieser Herausforderung zu stellen.

Insofern halte die SPD diesen Antrag nicht für zielführend, sondern wolle lieber, dass auch die Gymnasien den Ganztag beantragten.

Petra Vogt (CDU) legt dar, man habe ja bei der Anhörung erlebt, dass es durchaus unterschiedlich betrachtet werde, ob diese Möglichkeit sinnvoll sei oder nicht. Es sei immer darauf hingewiesen worden, dass es mit hohen organisatorischen Aufwendungen verbunden sei. Aber die CDU meine, dass die Zielrichtung eine andere sein müsse.

Die Intention der CDU sei, den Gymnasien möglichst viel Freiheit zu geben, das heiße, ihnen die Möglichkeit zu geben, wenn sie diese ganze Mühe auf sich nähmen, das tun zu können.

Das bedeute nicht im Umkehrschluss, dass sie es tun müssten. Diese Möglichkeit bleibe ihnen offen, das aufgrund des hohen Aufwands nicht zu tun.

Aber die CDU glaube, dass es gerade im Hinblick auf die ländliche Region und die zurückgehenden Schülerzahlen eine wesentliche Attraktivierung sei, wenn man an einem Gymnasium beide Möglichkeiten anbieten könne.

Deswegen sei die CDU der Auffassung, dass man vonseiten des Landes diese Möglichkeit einräumen sollte. Wer sich auf diesen Weg machen wolle, solle diese Möglichkeit eingeräumt bekommen.

Die CDU vertraue den Gymnasien, verantwortungsvoll damit umzugehen.

Die CDU habe der Anhörung nicht entnehmen können, dass es Argumente gegeben habe, dass das absolut nicht gehe. Es sei herausgekommen, dass es teilweise mit viel Aufwand verbunden sein werde, aber dass es durchaus möglich sei und dass es jeweils von den unterschiedlichen Gegebenheiten abhänge.

Für die CDU sei das eine weitere Steigerung der Attraktivität. Die CDU sage nicht, man müsse A oder B. Im Zweifelsfall, wenn alle das wollten, könnten A und B kombiniert werden.

Deswegen werde die CDU für diesen Antrag stimmen.

Yvonne Gebauer (FDP) äußert, sie sei sehr erstaunt gewesen, was in der Anhörung der eine oder andere von sich gegeben habe. Sie habe bisweilen den Eindruck gehabt, dass der Antrag bzw. der Beschlusstext gar nicht gelesen worden sei.

Frau Vogt habe es gerade auf den Punkt gebracht. Es gehe hier um die Möglichkeit, den Gymnasien das Ganztagsangebot anzubieten bzw. ein paralleles Angebot an Ganztags- und Halbtagszügen an Gymnasien in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

2008 habe es einen Antrag gegeben: „Flexiblen Ganztag unverzüglich ermöglichen“. Hier werde eine Möglichkeit verschenkt, die ganz klar von Schulleitungen, von Lehrern, Eltern und Lehrerverbänden gewünscht sei.

Das sei kein Wunsch der FDP, sondern das seien konkrete Wünsche, die an die FDP herangetragen worden seien. Die habe die FDP in Form dieses Antrages umgesetzt.

Wenn man heute einer Möglichkeit nicht zustimmen wolle, dann wundere sie das sehr. Denn zu den Gesamtschulen und zum Schulrechtsänderungsgesetz werde argumentiert, die Gesamtschulen seien an die Politik herangetreten und hätten gesagt, sie wollten, dass E- und G-Kurse abgeschafft würden. Dann werde das sofort mit in das Gesetz aufgenommen.

Hier wünschten sich Eltern, Lehrer und Schulleitungen, dass es Möglichkeiten gebe, dass es sowohl ein Ganztags- als auch ein Halbtagsangebot an vereinzelten Schulen gebe, an denen es machbar sei. Die Betonung liege auf „machbar“. Dort, wo das gewünscht werde, solle das umgesetzt werden können. Nichts anderes sei mit diesem Antrag beabsichtigt.

Es gehe nicht darum, etwas zu erzwingen, sondern lediglich darum, etwas zu ermöglichen. Da sei sie doch sehr erstaunt, mit welcher Vehemenz gegen diesen Antrag argumentiert werde.

Natürlich werde es für kleine Gymnasien oder dreizügige Gymnasien schwieriger sein, das umzusetzen. Aber man sage ja nicht, es dürften nur die Großen oder nur die Kleinen. Man stelle es den Gymnasien komplett frei.

Deshalb werbe sie noch einmal für diesen Antrag, der lediglich eine Möglichkeit eröffne, in den Ganztag zu gehen.

Natürlich sei es auch für das eine oder andere Gymnasium ein Auswahlkriterium für die Eltern, wenn sich nebenan ausschließlich Schulen im Ganztag befänden. Natürlich ergebe sich dann eine Konkurrenzsituation zu der Schule, die sich nur im Halbtag befinde. Die Verhältnisse seien bekannt. Nur 25 % der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen seien im gebundenen Ganztag, aber fast 100 % der Sekundar- und Gesamtschulen.

Monika Pieper (PIRATEN) geht davon aus, dass prinzipiell Einigkeit darüber bestehe, den Ganztag zu befürworten und ausbauen zu wollen.

In der Anhörung sei deutlich geworden, dass es weniger um Organisatorisches gehe, sondern das sei ein wichtiges pädagogisches Instrument.

Gleichzeitig unterstütze ihre Fraktion aber auch den Wunsch der Eltern nach flexibler Gestaltung ihres Lebens. Für Eltern sei es wichtig, entscheiden zu können, wann ihr Kind nach Hause komme.

Für sie habe die Anhörung gezeigt, dass es durchaus möglich sei, den Ganztag flexibel zu gestalten. Je größer die Schule sei, desto leichter werde das möglich sein.

Für ihre Fraktion sei das flexible Angebot durchaus auch ein Weg in die Akzeptanz des Ganztags. Wenn Eltern beide Möglichkeiten hätten und sähen, was Ganztag heiße, entschieden sie sich vielleicht nach einem oder zwei Jahren auch für den Ganztag.

Hier sei eingewendet worden, dass der Ganztag am Gymnasium faktisch schon vorhanden sei. Das möge vom Unterricht her stimmen. Leider sei das aber nicht so von der Ausgestaltung der Räumlichkeiten her. In vielen Gymnasien finde zwar bis nachmittags Unterricht statt, aber es gebe keine Mensa und keine Ruheräume. Es fehle an der entsprechenden Ausstattung. Da müsse deutlich nachgebessert werden.

Die im Antrag geforderte Werbekampagne finde ihre Fraktion nicht gut. Denn es müsse mehr um Beratung gehen als um große Werbekampagnen.

Es sei deutlich geworden, dass der organisatorische Aufwand im Grunde ganz schwer abzuschätzen sei. Deshalb wünsche sich ihre Fraktion, dass man zunächst erst einmal prüfe, mit welchen Aufwendungen das Ganze verbunden sei.

Deshalb werde sich ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Sigrid Beer (GRÜNE) zitiert Frau Wenning aus der Anhörung:

> „Ich bitte den Ausschuss, den Gymnasien das nicht anzutun. Ein O-Ton aus dem Team der Oberstufenorganisation war: Wir schlagen doch gerade den Knoten ‚G8/G9‘ durch. Mit dem Abitur 2013 haben wir endlich den

Doppeljahrgang mit zwei Systemen überstanden. Bitte keine neue Parallelstruktur!“

Das wäre in der Tat die Herausforderung für die Schulen.

Sie wolle auf das reagieren, was die Kollegin Pieper gesagt habe. Ihr gehe es erst einmal um das Lernen für die Schülerinnen und Schüler, um ein gemeinsames Rhythmisieren und auch nicht um das Einteilen in zwei Kategorien: Die einen müssten noch in der Schule bleiben, weil noch Ganztag sei, und die anderen im begleitenden Zug gingen schon nach Hause. – Man brauche organisatorisch das Zeitgefäß für ein anderes Lernen, gerade im G8.

Da habe man doch jetzt eine erfreuliche Entwicklung. Frau Gebauer habe doch mit ihrem Beitrag wieder eine Folie unterlegt nach dem Motto: Man wolle den Gymnasien den Ganztag nicht zubilligen. – Das sei doch absoluter Quatsch. Man könne sich freuen, dass man jetzt schon 150 Gymnasien im Ganztag habe. Es werde auf der Bezirksregierungsebene – das habe Herr Schöpke auch ausgeführt – noch einmal dafür geworben, auch mit den Konzepten klarzukommen. Auch Herr Käuser habe gesagt: Das sei genau das, was man brauche, konsistent, und keiner wolle zurück zum Halbtag.

Deswegen brauche man auch gemeinsame Kollegiumsentscheidungen. Das sei doch ein mühsamer Prozess. Das sei auch in der Anhörung sehr deutlich geworden. Im Gymnasium selbst in der Schulentwicklung seien doch nicht alle mit Hurra in den Ganztag gesprungen. Sie seien durch das G8 auf eine fatale Art und Weise gezwungen worden, sich damit zu beschäftigen.

Um die Geschichtsklitterung aufzuklären: Man habe einen gemeinsamen Landtagsbeschluss zum G8 gefasst, allerdings mit einer Option in der Oberstufe, nicht mit der Kompression in der Sekundarstufe I und auch nicht mit dem Prozess, der den Schulen und im Übrigen auch den Schulträgern zwanghaft verordnet worden sei. Das sei interessant, was da an Zumutung ausgelöst worden sei.

Jetzt habe man faktisch die Verweildauer der Schülerinnen und Schüler in der Schule. Man habe ein Instrumentarium mit der pädagogischen Übermittagsbetreuung, mit den Möglichkeiten und die offensive Möglichkeit, in den Ganztag zu kommen, was auch einvernehmlich in der Bildungskonferenz noch einmal zum Ausdruck gekommen sei.

Deswegen sei der vorliegende Antrag mit dem Einzelfokus Eltern, mit dem Einzelfokus Flexibilisierung nicht zielführend, weil man, wenn man G8 vernünftig ermöglichen wolle, dieses Zeitgefäß für alle Schülerinnen und Schüler und nicht nur für diejenigen mit Nachholbedarf organisieren müsse. Das bedeute Schulorganisation aus einem Guss.

Da könne sie sich nur dem anschließen, was Frau Wenning ausgeführt habe. Das sollte man den Schulen jetzt nicht antun, sondern sie unterstützen, weiter in diesen Ganztagsprozess hineinzugehen.

Petra Vogt (CDU) äußert, gerade seien Worte wie „zwanghaft“ gefallen, und man sollte das den Schulen nicht antun. Sie glaube, dass doch Einigkeit darüber bestanden habe, dass das eine Möglichkeit für Schulen darstelle. Eine Möglichkeit könne man annehmen oder ablehnen. Es komme ja niemand auf die Idee, von Düsseldorf aus vorzuschreiben, wie viel Prozent der Gymnasien diesen Zweig anbieten müssten. Es sei ihre eigene Entscheidung. Vielleicht habe ihre Fraktion einen anderen Freiheitsbegriff. Das könne sein. Das klinge so, als wenn man jetzt mit diesem Antrag etwas verordne, was dann umgesetzt werden müsse. Es müsse aber nicht umgesetzt werden.

Ihres Erachtens könne das Gymnasium vor Ort sehr wohl in pädagogischer Verantwortung entscheiden, ob es das nun anbieten wolle oder nicht. Da seien kluge Leute eigenverantwortlich am Werk. Wenn sie sich auf einen solchen Weg machten, dann wüssten sie auch, warum sie das täten. Wenn sie sich nicht auf den Weg machten, dann akzeptiere ihre Fraktion das auch sehr gerne. Denn dann würden sie das auch gut durchdacht haben.

Deswegen meine ihre Fraktion, dass es sehr sinnvoll sei, den Gymnasien diese Entscheidung selber zu überlassen. Es sei einfach eine weitere Möglichkeit. Es könne eine Attraktivierung des Angebots sein. Aber das seien kein Zwang und kein Antun. Das sei einfach eine Chance.

Renate Hendricks (SPD) entgegnet, Chancen seien nicht immer etwas Gutes, aber häufig etwas Gutes.

Sie wolle einen Blick in die Praxis der Gymnasien werfen. Faktisch habe man in der Zwischenzeit an mindestens drei Tagen Ganztag am Gymnasium. Eine Ausweitung werde von den Eltern oder auch von der Schule dann bewusst gewählt, wenn sie sie für dieses Umfeld und für ihre Schüler haben wollten. Der Anteil derer, die Ganztagsschulen würden, wachse beständig, weil die Chancen, die im Ganztag lägen, von den Schulen erkannt würden.

Gleichzeitig sagten aber die Praktiker – das könne man nicht nur bei Frau Wenning nachlesen, sondern auch bei Herrn Roth –, dass sie sich keine Parallelstrukturen im System wünschten, weil sie endlich jetzt, nachdem der Knoten geplatzt sei, mit diesen beiden Strukturen Ganztag oder nicht Ganztag leben wollten.

Auf die Frage in der Anhörung auch an die Beteiligten, ob ihnen Anträge bekannt seien – sie habe die Frage ja bewusst gestellt –, sei sowohl von den Spitzenverbänden der Kommunen als auch aus der Bezirksregierung formuliert worden, dass ihnen keine Anträge bekannt seien. Es könne natürlich jetzt sein, dass man wieder in einem Paralleluniversum lebe und die Anträge nicht kenne. Gleichwohl sei denjenigen, die in der Zwischenzeit an der Front seien – das seien die Kommunalen und die Schulaufsicht –, nicht bekannt, dass entsprechende Anträge vorlägen.

Infolgedessen halte sie eine Modifizierung des Schulgesetzes vor dem Hintergrund, dass man gar nicht wisse, ob das, was im Antrag gefordert werde, überhaupt gefordert werde, an diesem Punkt für keinen gangbaren Weg.

Sigrid Beer (GRÜNE) bittet Frau Vogt, ihr nachzusehen, dass sie so darauf reagiere, wenn jetzt die Figur der Freiheit für die Schulen hier aufgerufen werde, aber den Schulen die Zwangsmaßnahme des G8 verordnet worden sei.

Da könne sie sich wirklich nur Frau Faber anschließen: falscher Zeitpunkt.

Das hätte genau zu dem Zeitpunkt diskutiert werden müssen. Das sei die Zwangsmaßnahme für alle Gymnasien im Land gewesen. Das sei die Zwangsmaßnahme für alle Schulträger gewesen, nachzubessern, Mensen zu bauen, sich darauf einzustellen, ohne Vorbereitung, ohne Curricula, ohne Bücher.

Wenn die CDU darüber noch einmal reflektieren wolle, sollte man sich zusammensetzen. Das sei aber nicht die Figur, um diesen Antrag für die Grünen zustimmungsfähig zu machen.

Yvonne Gebauer (FDP) betont, es gehe hier nicht um G8. Es gehe um den Ganztag, um die Möglichkeit der Einrichtung eines Ganztags bzw. in einzelnen Zügen. Hier werde die ganze Zeit das ideologisch besetzte Thema „G8“ vorgebracht, aber nicht zum Antrag gesprochen. Natürlich seien die Gymnasien im G8. Aber in dieser Sitzung werde nicht über G8 gesprochen, sondern über die Möglichkeit der Einrichtung von flexiblen Ganztagszügen an Gymnasien. Das sei der Inhalt dieses Antrages.

Natürlich könne man jetzt hier stundenlang über G8 sprechen. Sie habe eine Anfrage an das Ministerium gestellt, ob noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung des G8 vorgesehen seien. Das Ministerium habe geantwortet: Nein, es laufe alles gut. – Das sei die Ausrichtung des Ministeriums. Man spreche hier über den Ganztag.

Sie könne nicht verstehen – Frau Vogt habe es angesprochen –, dass hier davon gesprochen werde, dass den Schulen etwas angetan werde. Das sei die Meinung einer Dame. Sie sei durch diesen Antrag nicht gezwungen, in den Ganztag zu gehen. Das auf alle Schulen, Schüler und Schulleitungen zu übertragen, sei nicht richtig.

Beim Ganztag gehe es doch gar nicht um Nachholbedarf. Ganztag sei doch ein pädagogisches Konzept. Die Schülerinnen und Schüler gingen doch heute an den einzelnen Schulen schon zu unterschiedlichen Zeiten nach Hause. Das habe doch mit der Einrichtung des Ganztags an dieser Stelle nichts zu tun. Hier würden Äpfel mit Birnen vermischt.

Man wolle niemandem etwas antun. Man wolle, dass Schulen, Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern eine Chance ergreifen könnten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger wolle man mit diesem Antrag.

Staatssekretär Ludwig Hecke (MSW) nimmt Stellung, am nächsten Montag finde ein Termin statt zu der Frage, wie weiter mit G8 umgegangen werde, was von den beschlossenen Maßnahmen schon gegriffen habe und was noch weiter vertieft werden müsse. Das finde kontinuierlich durch das Ministerium mit allen Beteiligten zusammen statt. Am G8 werde weiter gearbeitet. Das Ministerium habe das nicht als erledigt bezeichnet. Eine solche Auskunft gebe es seitens des Ministeriums nicht.

Die Fragestellung, wie mit dem faktischen Ganztag durch G8, der kein formaler Ganztag sei, umgegangen werde, beschäftige das Ministerium seit Langem. Auch die Fragestellung „Unterschiedliche Situation an Gymnasien auf dem Land und in der Stadt“ sei berechtigt.

Die Antwort allerdings, die mit dem Antrag gegeben werde, sei nach überwiegender Meinung der Experten in der Anhörung nicht die richtige.

2008 hätten FDP und CDU dieses Konzept, das sie heute verändern wollten, selber eingebracht. Da wolle sich diese Landesregierung gar nicht mit fremden Federn schmücken.

Seinerzeit sei nur jedes 25. Gymnasium im Ganztag gewesen. Heute sei jedes vierte Gymnasium im Ganztag. Die Annahme, dass es seit 2008 keine Entwicklung gegeben hätte, stimme nicht.

Das sei seines Erachtens auch der wesentliche Grund, weswegen die Schulpraktiker sagten, es sollte nicht wieder eine neue Diskussion angefangen werden, sondern das optimiert werden, was das damalige Konzept tatsächlich auf den Weg gebracht habe.

Alle wüssten, dass ein Hindernis die bauliche Ausstattung sei, auch die Begrenztheit der Zuständigkeit für die bauliche Ausstattung hier auf der Landesebene.

Alle Anträge, die gestellt würden, würden im gebundenen Ganztag genehmigt. Das seien die Rückmeldungen der Praktiker.

Er glaube nicht, dass hier nur beschlossen werden müsste, entsprechende Züge zu machen, und dann wären alle Fragen gelöst. Die Fragen, die sich stellten – das seien die Rückmeldungen der Praktiker –, müssten überhaupt erst einmal daraufhin intensiv durchdekliniert werden, ob das praktikabel sei.

Die Rückmeldungen in der Anhörung seien von der Tendenz her eher so gewesen, dass man das jetzt lassen sollte, denn das nütze nicht, sondern schade eher. Von daher sei das die Position des Ministeriums, dass es die Rückmeldungen so auswerte, dass der vorliegende Antrag nicht zielführend sei.

Er betone noch einmal: Es gehe nicht um die Frage, ob es nicht weiter zusätzlichen Ganztag geben solle. Da unterstütze das Ministerium ausdrücklich jede Kommune und jedes Gymnasium, das sich weiter auf den Weg mache. Aber der Weg, der hier vorgeschlagen werde mit einer Parallelstruktur, scheine an der Stelle nicht zielführend zu sein und würde am Ende nach Einschätzung des Ministeriums die Weiterentwicklung zum Ganztag am Gymnasium nur behindern und nicht befördern.

Klaus Kaiser (CDU) versteht die Aufgeregtheit und Nervosität im rot-grünen Lager. Wer sechs Wochen brauche, um 6 Millionen € für Klassenfahrten zu organisieren, und wer bei der Inklusion nicht weiterkomme, der sei ein bisschen angefressen.

Trotzdem sei vielleicht ein Kompromiss auf dem Weg. Es gehe nicht darum, dass in der Breite etwas gemacht werde, sondern dass der, der wolle, auch entsprechende Züge machen könne. Das betreffe insbesondere den ländlichen Raum.

2008 habe es die gleiche Diskussion auch in der schwarz-gelben Koalition gegeben. Man habe gesagt: Um das überhaupt zunächst zu etablieren, mache man keine Teilung, sondern man wolle im Prinzip eine Offensive für den Ganztag für die Gymnasien einleiten. – Die Zahlen gäben ja recht. Das sei für die Gymnasien die Folge der im Prinzip flächendeckenden Einrichtung von Ganztagsschulen im Primarbereich. Das sei auch die Folgewirkung von veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Damals sei schon heftig diskutiert worden, was in den Bereichen gemacht werde, in denen es nur ein Gymnasium gebe. Vielleicht wäre ein Schulversuch ein Weg. Wenn zehn Gymnasien das erproben wollten, werde deutlich, dass keiner gezwungen werde. Aber die, die wollten, könnten sich auf den Weg machen.

Das wäre vielleicht eine Anregung, die die Intention des FDP-Antrags aufnehme und die auch die Interessen aufnehme, die vor Ort geäußert würden. Das sei ja kein Antrag im blutleeren Raum, sondern es gebe konkrete Nachfragen und Gymnasien, die diesen Weg gehen wollten. Im Sinne einer Ermöglichungsstrategie wäre das vielleicht ein Weg, um weiterzukommen.

Sigrid Beer (GRÜNE) begrüßt die Entwicklung des Ganztags bei den Gymnasien. So wie das in der Bildungskonferenz diskutiert worden sei, sollte das auch weiter unterstützt werden, genau diesen Weg zu gehen.

Aber zu der Aussage, dass das die damalige Strategie von Schwarz-Gelb gewesen sei, den Ganztag zu öffnen, erinnere sie an die kleinen Zwischenschritte. Es habe eine Diskussion gegeben unter dem Titel „Immer wieder samstags kommt die Erinnerung“. Da sei auch noch darüber spekuliert worden, ob man den Samstag wieder aufmache. Jetzt werde vergessen, welche Entwicklungsschritte es gegeben habe. Den Ganztag zu öffnen und ein Programm aufzulegen, sei nur auf Druck der Schulen durch die missliche Situation gekommen.

Die Gymnasien jetzt zu bestärken, in den Ganztag zu gehen und für alle Schülerinnen und Schüler eine gemeinsame Rhythmisierung zu machen und die Stundenbänder entsprechend anzulegen, das sei der zielführende Weg. Deswegen könnten die Grünen dem Antrag nicht zustimmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten ab.

2 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1188

Ausschussprotokoll 16/168

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Ausschuss** gibt kein Votum ab.

3 Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1625 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/181

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Ausschuss** gibt kein Votum ab.

4 Stärkungspakt für Gymnasien – Chancen der Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs zur Verbesserung der individuellen Förderung nutzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2122

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer informiert, dieser Ausschuss befasse sich als einziger Ausschuss mit dem Antrag und müsse eine Beschlussempfehlung für die abschließende Beratung im Plenum abgeben. In dieser Sitzung finde die erste Beratung statt.

Yvonne Gebauer (FDP) wirbt für den Antrag ihrer Fraktion.

Sigrid Beer (GRÜNE) legt dar, bei der Mitgliederversammlung der Landeselternschaft der Gymnasien habe die Ministerin sehr deutlich gemacht, dass man hier dem Gymnasium für eine bestimmte Zeit einen Zuschlag gewähre und dass es nicht selbstverständlich sei, dass in diesem Schulkapitel die Stellen so stehen blieben.

In der Mittelfristigen Finanzplanung von Finanzminister Linssen seien überhaupt keine Lehrerstellen aus den demografischen Effekten und dem Effekt des doppelten Abiturjahrgangs mehr stehen geblieben.

In der Tat werde damit abgesichert, dass auch in Mangelfächern und beim Weggang von Kollegen aus Altersgründen nachbesetzt werden könne.

Die FDP wolle aber eine darüber hinausgehende weitere Privilegierung des Gymnasiums gegenüber den anderen Schulformen. Die FDP stelle keinen Antrag zur Verbesserung für alle Schulen im System, sondern einen Gymnasialantrag, und zwar in einer Situation, in der den Gymnasien schon etwas obendrauf gegeben werde. Das sei im Augenblick eine Besserstellung der Gymnasien in dieser Übergangszeit gegenüber den anderen Schulformen.

Im Schulkonsens sei vereinbart worden, die Rahmenbedingungen für alle Schulformen im weiterführenden Segment, also Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien, abzusenken. Das werde auch verbindlich gemacht. Nun würden die demografischen Effekte auch schrittweise frei und nicht alle auf einmal.

Aber die FDP wolle jetzt an einer Stelle Ressourcen fest binden in einer Besserstellung auf Dauer, was nicht richtig sein könne. Die FDP stelle hier einen Gymnasialantrag für eine weitere Privilegierung des Gymnasiums und nicht für eine Verbesserung insgesamt im System. Damit führe die FDP ihre Figur vor, die sie mit ihren Gymnasialanträgen schon angelegt habe. Das könnten die Grünen leider so nicht mittragen.

Birgit Rydlewski (PIRATEN) sieht im Antrag durchaus gute Aspekte.

Die Piraten hielten es für eine gute Idee, die im demografischen Wandel frei werdenden Stellen für individuelle Förderung einzusetzen.

Auch die freien Stellen aufgrund des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs für individuelle Förderung zu nutzen, sei im Prinzip eine gute Idee.

Auch die Forderung nach einem Umsetzungsplan und einem Zeitplan für die Absenkung der Klassengröße in allen Schulformen halte ihre Fraktion für gut.

Allerdings müsse sie Frau Beer zustimmen. Das sei sehr auf das Gymnasium fixiert. Die anderen Schulformen würden nur am Rande erwähnt. Ihre Fraktion hätte dem Antrag zustimmen können, wenn er breiter aufgestellt worden wäre. Hier sei aber erneut eine reine Fixierung auf das Gymnasium zu erkennen.

Seine Fraktion, so **Klaus Kaiser (CDU),** habe manchmal ein bisschen Sorge – auch nach den heutigen Wortbeiträgen –, dass eine Reideologisierung in der Schule stattfinde. Durch den Schulkompromiss sei es gelungen, den Fokus auf die eigentlichen Fragestellungen von Schule, nämlich guten Unterricht, zu lenken und weg von dieser Schulformdebatte. Da seien natürlich manche Äußerungen von Frau Beer nicht unbedingt hilfreich.

Es sei aber auch wenig hilfreich, wenn die FDP in ihren Anträgen, die eine gute Grundintention hätten, diesen Schulkompromiss verunglimpfe. Denn dieser Schulkompromiss biete einen Instrumentenkasten, der bessere Chancen für die Schulen impliziere. Das sollte wahrgenommen werden. Das nähmen insbesondere Kommunen wahr.

Die Grundintention der FDP sei richtig. Es mache Sinn, für alle Schulformen etwas zu tun, auch für Gymnasien, insbesondere weil man wisse, dass sich die Schülerschaft an Gymnasien wesentlich heterogener entwickle als das vielleicht vor Jahren noch der Fall gewesen sei und damit Förderbedarfe anders seien.

Das, was Frau Beer sage, sei polemisch. Denn von einer Überprivilegierung der Gymnasien zu sprechen, sei sachlich falsch.

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Der Wortbeitrag habe eher eine Überprivilegierung angesprochen.

Man falle durchaus in alte ideologische Klischees zurück, wenn man über die bessere und schlechtere Ausstattung einzelner Schulformen rede, weil damit ja immer eine Verunglimpfung bestimmter Schulformen verbunden sei. Das sollte vermieden werden. Denn das helfe in der Sache nicht weiter.

Die CDU werde sich bei der Abstimmung enthalten. Die Grundintention sei richtig. Die Begründung sei dagegen ein bisschen schwierig nachzuvollziehen, weil die CDU zu dem stehe, was sie beschlossen habe: Durch den Schulkompromiss schaffe man eine verlässliche Grundlage für alle.

Renate Hendricks (SPD) dankt Herrn Kaiser für diesen sehr sachlichen Beitrag, der auch ein bisschen Emotionalität aus der Diskussion herausgenommen habe.

Sie finde auch den Hinweis auf den Schulkonsens sehr hilfreich, in dem man perspektivisch für die nächsten Jahre vereinbart habe, das Schulsystem insgesamt in

Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln, aber auch die Schulträger mitzunehmen und das gemeinsam zu machen.

Über die Verwendung von Stellen werde natürlich immer vor dem Hintergrund des Haushalts diskutiert. Sie erinnere an die Haushaltsdebatte im letzten Plenum. Die höchsten Kosten für das Land seien die Personalkosten.

Wenn man jetzt behutsam Stellen im Gymnasium abbaue und gleichzeitig zum 1. Februar noch einmal im Umfang von 300 Stellen nachbesetzt habe, sei das auch im Gymnasium mit dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs ein Transformationsprozess, der aber nicht zu einer Schlechterstellung der Gymnasien führe. Das könne man sich auch bei der Schüler-Lehrer-Relation des Gymnasiums angucken. Die stünden insgesamt ja ziemlich gut da, auch gemessen an anderen Schulformen.

Die SPD halte vieles für wünschenswert. Das sei gar keine Frage. Aber leider sei nicht alles, was wünschenswert sei, am Ende auch realisierbar angesichts der Haushaltszwänge. Die FDP fordere auf der einen Seite Sparen, Sparen, Sparen und auf der anderen Seite 627 Stellen zusätzlich. Da müsse sich die FDP einmal überlegen, was sie eigentlich wolle. Die SPD wolle keine Privilegierung und keine Klientelpolitik.

Sie finde auch den Namen „Stärkungspakt für Gymnasien“ bei einer Schulform, die die stärkste Schulform in Nordrhein-Westfalen sei, etwas problematisch. Das sei der zweite Antrag, der mit dieser Überschrift eingebracht werde. Vielleicht könne sich die FDP noch einmal überlegen, was sie mit dieser Überschrift eigentlich voranbringen wolle. Das zeige nämlich sehr eindeutig, dass sich die FDP für eine Schulform einsetze.

Die SPD werde diesem Antrag nicht zustimmen können. Der Antrag könne aber gerne weiter miteinander diskutiert werden. Sie sehe aber zurzeit keine Möglichkeit, auch nur annähernd den Forderungen der FDP zu entsprechen.

Sigrid Beer (GRÜNE) greift noch einmal das Stichwort „Privilegierung“ auf. Das sei richtig. Das sei hier überhaupt nicht ideologisch besetzt. Das sei ja sonst immer der unterschwellige Vorwurf, man privilegiere Sekundarschulen, Gesamtschulen oder anderes. Hier sei eine bewusste Besserstellung des Gymnasiums vorgenommen worden.

Die sei im Übrigen mit anderen Schulformen diskutiert, ganz offensiv. Denn hier werde das Prinzip einer bestimmten Schüler-Lehrer-Relation für eine gewisse Zeit ausgesetzt. Es werde etwas obendrauf gepackt. Von daher sei das unter den besonderen Bedingungen des Übergangs G8/G9 eine Besserstellung des Gymnasiums.

Deswegen sei „Privilegierung“ hier kein ideologischer Begriff, sondern beschreibe eine faktische Situation in der Ressourcenzumessung an das Gymnasium. Das sei breit diskutiert. Das habe die Ministerin auch auf der Veranstaltung der Landeselternschaft der Gymnasien genauso benannt. Deswegen sei das überhaupt keine Emotionalisierung, sondern einfach die faktische Darstellung, was hier im Übergang getan werde.

Denn sonst wäre die Problematik, dass Fachbesetzungen nicht vollzogen werden könnten, dass die Gymnasien gar nicht neu einstellen könnten. Eine solche Situation wolle niemand. Der sei vorgebeugt worden.

Das sei doch auch die Intention der Umstellung von G8/G9 in der Anlage gewesen, diese Stellenkapazitäten einzusparen. Das sei doch damit verbunden gewesen. Das sei alles schon in der Kiste des Finanzministers eingeplant gewesen.

Von daher sei das ein sinnvolles Übergangsmanagement für die Gymnasien, aber das müsse dann auch dauerhaft auf die allgemeinen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden. Dann sei man genau bei dem, was gemeinsam vereinbart worden sei.

Das sei überhaupt keine ideologische Debatte, sondern das Zurückführen auf das, was faktisch hier im Augenblick gemacht werde.

Yvonne Gebauer (FDP) äußert, hier würden Probleme von G8 und G9 angesprochen. Jetzt bestehe die Möglichkeit, mit zusätzlichen Stellen diesen Problemen entgegenzutreten. Aber das wolle man dann auch nicht.

Wenn hier von Privilegierung in Bezug auf das Gymnasium gesprochen werde, erinnere sie daran, dass die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung nur die Gesamtschule und die Sekundarschule erwähnt habe und alle anderen Schulformen gar nicht aufgeführt habe.

Die Sekundarschulen hätten, was die Ausstattung, die Klassengröße und die Lehrerstellenzuweisung angehe, ein Plus. Das möge an der Stelle auch richtig sein. Das wolle sie gar nicht bestreiten. Sie wolle denen auch nichts wegnehmen.

Aber sie verstehe nicht, warum man dann dafür kritisiert werde, wenn man das für andere Schulformen – an dieser Stelle für das Gymnasium – auch wolle.

Beim Thema „Klassengrößen“ werde gesagt, bis zum Jahre 2020 werde es einen Stufenplan geben. Darauf warte man. Die Frage sei, wann er denn komme. Bis dahin verstreiche zu viel Zeit. In der Zeit werde für die Schulform Gymnasium, die die beliebteste Schulform sei, zu wenig getan. Sie sehe die 1.000 Stellen und erkenne das auch an. Aber ihre Fraktion wünsche sich an dieser Stelle mehr. Sie finde diesen Wunsch auch berechtigt.

Bei den Realschulen müssten auch Maßnahmen folgen. Das sei gar keine Frage. Aber man habe jetzt die einmalige Chance, etwas für die Gymnasien zu tun. Die wolle ihre Fraktion mit diesen 627 Stellen ergriffen wissen.

Die Landesregierung plane einen temporären Verbleib und äußere sich nicht dazu, wie lange. Dann wisse man auch nicht, was dann mit diesen Stellen nachher tatsächlich passiere.

Renate Hendricks (SPD) hebt hervor, man habe im System vorübergehend 1.000 zusätzliche Stellen belassen, um das Abschmelzen der doppelten Abiturjahrgänge abzufedern. Das sei deutlich mehr als andere Bundesländer auch nur annähernd angedacht hätten. Diesen Prozess, der übrigens auch mit Pensionierungen einhergehe,

wolle man abfedern und mache gleichzeitig auch noch einen Korridor auf, um Neueinstellungen vorzunehmen in Mangelfächern, in denen das erforderlich sei. Das hätten die Gymnasien zum 1. Februar machen können. Das sei auch ausführlich praktiziert worden.

Das Ganze habe den Hintergrund, dass man sich überlegt habe, wie langfristig mit demografischen Gewinnen umgegangen werde. Dazu gehörten auch die Verabredungen aus dem Schulkonsens. An diesem Punkt sei die Entscheidung gefallen, die Gymnasien nicht besserzustellen als alle anderen.

Deshalb könne sie an dieser Stelle nur signalisieren: Dem Vorschlag der FDP werde ihre Fraktion nicht folgen können.

Ingola Schmitz (FDP) greift das auf, was Herr Kaiser gesagt habe. Denn das halte sie doch für entscheidend. Die Gymnasien stünden vor neuen Herausforderungen. Die Landesregierung habe gefordert, dass jedes Kind zu einem Abschluss geführt werden müsse. Das heiße, eine Abschulung zum Beispiel sei dann nicht mehr möglich.

Das Gymnasium sei die beliebteste Schulform. Die Schülerschaft habe sich geändert. Man habe eine zunehmend heterogene Schülerschaft, wie Herr Kaiser richtig gesagt habe. Man müsse die Kinder individuell fördern. Es müssten neue Maßnahmen ergriffen werden.

Dies alles rechtfertige eine solche Forderung. Man sollte diese Aspekte bedenken. Sie halte die für sehr entscheidend, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Monika Pieper (PIRATEN) stimmt der Einschätzung zu, dass das Gymnasium vor gewaltigen Herausforderungen stehe, aber alle anderen Schulen auch. Sie vermute, dass die wenigsten Schulen abschätzen könnten, was mit der Inklusion auf alle Schulen zukomme.

Sie habe schon ein bisschen den Eindruck, dass hier dieser alte Graben wieder etwas aufgemacht werde. Man sollte sich bemühen, die Mittel gerecht zu verteilen, sodass alle Schulen davon profitierten und nicht irgendeine Schule bevorzugt werde.

Denn durch die Bevorzugung einer Schule manipuliere man letztendlich auch den Elternwillen. Für die Piraten sei der Elternwille wichtig. Man müsse ungefähr gleiche Bedingungen an allen Schulen haben, um entscheiden zu können, welche Schule für ein Kind die beste sei. Wenn man eine Schule besserstelle als die anderen, wirke das auch auf die Eltern.

Insofern plädiere sie für eine gleichmäßige Verteilung und spreche sich gegen die Bevorzugung einer Schulform aus.

Nach Ansicht von **Dr. Gerd Hachen (CDU)** habe Frau Beer richtigerweise darauf hingewiesen, dass die demografischen Effekte schrittweise einträten. Die Prognosen bestätigten das.

Frau Hendricks habe darauf hingewiesen, dass die Stellen am Gymnasium behutsam abgebaut würden. Sie habe aber danach von einer Besserstellung der Gymnasien gesprochen.

Wenn man das Ziel von 26 Schülern auch am Gymnasium ernst nehme – an Sekundarschulen seien es 25 Schüler –, könne er diese Besserstellung nicht erkennen.

Wenn die demografischen Effekte sukzessive einträten und dazu kalkulierbare Prognosen vorlägen, sei es schwer verständlich, dass man immer noch keine konkreten Angaben der Landesregierung habe, in welcher Weise und in welchen Zeitabschnitten die Landesregierung wie viel von diesen Reduktionen bei den Klassenfrequenzrichtwerten bei den anderen Schulen gedenke umzusetzen. Dabei sei natürlich im Hinterkopf immer die Vermutung, man könne es soweit wie möglich schieben. 2023 solle es dann in einem Schlag kommen, was, wie jeder wisse, dann kaum funktionieren könne. Er appelliere an die Landesregierung, das nicht allzu lange hinter dem Berg zu halten. Vielleicht könne die Ministerin jetzt schon etwas dazu sagen.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) erläutert, man hätte durch den Doppel-Abi-Jahrgang im Grunde, wenn man die Schülerzahlen nehme und den Lehrerstellenbedarf, am Gymnasium Stellen absetzen müssen. Auch den Hauptschulen mit weniger Kindern habe man die Stellen ja nicht gelassen. So könne eine Administration auch nicht vorgehen. Das wäre willkürlich.

Um nicht Zwangsversetzungen von Gymnasien an andere Gymnasien oder aber an andere Schulformen der Sekundarstufe II vornehmen zu müssen, überbrücke man mit einem kleinen Berg, den man da lasse, um mit der natürlichen Fluktuation dann wieder die korrekte Stellenausstattung zu erreichen.

Man habe damit den Gymnasien jetzt mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt als ihnen nach der Schülerzahlberechnung eigentlich zustünden, und zwar im Umfang von 1.000 Stellen in diesem Jahr.

Sie glaube, die Vertretungen der Gymnasien hätten dieser Regierung diese Maßnahme nicht zugetraut. Umso erfreuter seien sie gewesen. Die Landeselternschaft Gymnasien würdige das auch. Ihr Besuch und die Diskussion dort seien in einem Bericht dokumentiert. Das könne nachgelesen werden. Das sei insgesamt sehr fair und anständig – bei manchen Differenzen an der einen oder anderen Stelle – zugegangen. Man werde jetzt sehen, wie sich die Schülerzahlprognose und der dann festgestellte Lehrerbedarf ergäben.

Ziel seien möglichst keine Versetzungen gegen den Willen von Beschäftigten. Man habe dadurch sogar einen kleinen Korridor, sodass die Gymnasien in Mangelfächern, wenn sie besonderen Bedarf hätten, auch noch einstellen könnten und Lehrerinnen und Lehrer nicht möglicherweise woanders hin abwanderten oder an Schulformen gingen, an die sie eigentlich nicht wollten. Das sei die punktuelle Besserstellung, die Frau Hendricks angesprochen habe.

Man könne schlechterdings nicht pro Gymnasium eine Stelle zusagen. Das würde den Größenordnungen nicht gerecht werden. Das wäre aus Sicht der Landesregie-

rung nicht korrekt gegenüber den anderen Schulformen, die nicht in dieser Situation seien.

Diese 1.000 Stellen könnten natürlich nicht noch einmal verwendet werden, um etwa die Stufe 1 des Schulkonsenses mit der vorgesehenen Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte für die Schulformen Gymnasien, Realschulen und alte Gesamtschulen vorzunehmen. Das sei natürlich auf der Prioritätenliste der Landesregierung als wichtiger Schritt festgehalten. Das solle natürlich nicht erst 2023 kommen, sondern in dieser Legislaturperiode beginnen.

Aber man habe eben – da habe Herr Hachen völlig Recht – immer nur ein bestimmtes Volumen an demografischen Effekten. Das verschiebe sich manchmal auch. Denn das Schülerwahlverhalten sei unterschiedlich. Manchmal entwickelten sich die Dinge anders, besonders in der gymnasialen Oberstufe aller Schulformen, die gymnasiale Oberstufen hätten. Das müsse beobachtet werden.

Man könne natürlich auch nicht ganz genau vorhersehen, welche Schulen neu entstünden und welche Stellenzuweisungen an den neu entstehenden Schulen notwendig seien.

Man meine aber, dass man das systematisch und geordnet angelegt habe. Man sei sich zumindest mit der CDU einig gewesen, dass die neuen Schulen bedient werden müssten. Man sei sich nach ihrer Erinnerung auch im gesamten Parlament einig gewesen, dass die Grundschulen mit dem neuen Grundschulkonzept die erste Priorität seien, die die Mittel der demografischen Effekte aufbrauchten. Man sei sich auch einig gewesen, dass alle Schulen, die Ganztagsschulen würden, den Ganztagszuschlag bekommen könnten. Bis dato sei es zumindest so, dass auch da alle Anträge aller Schulformen Gymnasien, Realschulen, Gesamtschulen, neue Sekundarschulen und Förderschulen mit den geplanten Ressourcen bedient werden könnten.

Mit dem Haushalt 2014 werde man natürlich wieder ausweisen, welche demografischen Effekte frei würden und wofür sie verwandt würden. Das sei ganz transparent im Haushalt jeweils ablesbar. Da müssten immer die neuesten Prognosen berücksichtigt werden. Da sei man im Moment in der Auswertung, um das im Haushaltsentwurf 2014 transparent darlegen zu lassen.

Zum Antrag der FDP: Für die Gymnasien klinge das selbstverständlich schön, wenn eine Fraktion ihnen etwas geben wolle. Aber das sei jenseits der von diesem Parlament und auch von den Regierungen jeweils vorgenommenen Ressourcensteuerung.

Vor diesem Hintergrund könne sie aus Sicht der Landesregierung nur dagegen plädieren.

Dr. Gerd Hachen (CDU) findet das sehr erfreulich, dass die Ministerin gesagt habe, es gebe einen kleinen Berg am Gymnasium. Das seien etwa 1.000 Stellen. Nach seinem Verständnis müsste sich ja dann auch konkret die Schüler-Lehrer-Relation verändert haben.

MR Thomas Frein (MSW) gibt Auskunft, die Schüler-Lehrer-Relation in der Verordnung zu § 93 Schulgesetz habe sich nicht geändert. Das sei sozusagen der Grundbedarf, der sich aus der Klassenfrequenz, der Arbeitszeit der Lehrkräfte und dem Stundenbedarf ergebe.

Wenn man allerdings eine empirische Schüler-Lehrer-Relation berechnen werde für die kommenden Jahre, dann werde die sich natürlich verbessert haben, weil 1.000 zusätzliche Stellen außerhalb der Schüler-Lehrer-Relation in das System Gymnasium gegeben würden.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung von CDU und Piraten ab.

5 Dienstvorgesetzteneigenschaften von Schulleitungen

Vorlage 16/662

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer teilt mit, die FDP-Fraktion habe diesen Bericht am 31. Januar beantragt.

Die Vorlage ergänzend weist **Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW)** darauf hin, vor der abschließenden Entscheidung habe noch einmal ein Gespräch mit den beteiligten Lehrerverbänden stattgefunden, was diese auch mehrfach erwünscht hätten.

Man habe dann, bevor man sich das vorschnell zu eigen mache, auch mit den Bezirksregierungen noch einmal gesprochen, die in der Steuerung eine wichtige Rolle spielten.

Man habe auch die Veränderungsprozesse von Schulen berücksichtigt. Das betreffe insbesondere Schulformen, die ausliefen. Es betreffe die Grundschulen, die durch die neue Steuerungssystematik in ihrer Arbeit im Moment einfach anders und zusätzlich gefordert seien. Das habe die Landesregierung bei der Festsetzung und bei den Entscheidungen berücksichtigt.

Sie sei froh, dass man so einen großen Konsens erzielt habe mit allen Beteiligten und nicht mehr die Sorge bestehe, die häufig von Lehrerverbänden vorgetragen werde, dass jetzt ein sehr mächtiger Schulleiter alles in den Schulen regele und die Eigenverantwortlichkeit der Lehrkräfte massiv berührt sei.

Deswegen meine sie, dass das ein gutes Ergebnis sei für die Arbeit in den Schulen und ausgewogen unter Berücksichtigung der verschiedenen Zielaspekte.

Petra Vogt (CDU) berichtet von sehr vielen positiven Rückmeldungen aus den großen Systemen zu mehr Freiheit, aber auch zu mehr Verantwortung. Das sei dort im Wesentlichen sehr positiv aufgenommen worden.

In Nordrhein-Westfalen finde man gerade an vielen kleineren Systemen, vor allen Dingen an Grundschulen, aber keine Schulleitungen mehr. Sie wolle gerne wissen, ob das nach Einschätzung der Landesregierung auch damit zusammenhänge, dass sich vielleicht in den kleineren Systemen die Schulleitungen mit diesen neuen Anforderungen überfordert fühlten.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) antwortet, dazu könne sie jetzt keine evidenzbasierten Aussagen treffen.

Man habe ja vor drei Jahren im Grunde angefangen, die Leitungszeit auszuweiten. Das komme erst schrittweise an und könne dann in die persönliche Entscheidung einfließen, ein Schulleitungsamt antreten zu wollen oder nicht.

In kleineren Systemen sei das natürlich schwieriger. Es gebe kein Schulleitungsteam in dem Maße, wie das etwa an großen Berufskollegs oder Gymnasien oder Gesamtschulen entstehe. Das mache einen Unterschied.

Sie glaube allerdings, dass die kontinuierlichen Schulungsmaßnahmen eine faktische Verbesserung bedeuteten.

Die zusätzliche Leitungszeit, die man für das Steuerungskonzept der Grundschulen mit den Teilstandorten angelegt habe, werde ja auch erst greifen. Das sei schon eine größere Zahl, die da entstehe. Dann werde sichtbar: Wenn man eine etwas größere Grundschuleinheit mit Teilstandorten führe, werde das auch honoriert. Dann könne man auch mit dieser zusätzlichen Leitungszeit teamorientiert in Schulleitungen und Stellvertretungen umgehen.

Man müsse sehr dafür werben, damit sich die Kolleginnen motiviert und unterstützt fühlten, Schulleitungsämter zu übernehmen.

Aber es werde ja auch eine gewisse Konzentration durch die Verabredungen im Schulkonsens geben. Man werde perspektivisch etwas weniger Schulleitungen brauchen. Trotzdem müsse alles daran gesetzt werden, dass die besetzt werden könnten.

MDgt Werner van den Hövel (MSW) ergänzt, man habe das Problem „kleine Grundschulen“ mit den Lehrerverbänden intensiv besprochen, auch die Frage, ob kleine Schulen herausgenommen werden sollten. Sowohl vom VBE als auch von der GEW sei gesagt worden, sie sollten auf keinen Fall ganz herausgenommen werden, denn das wäre quasi eine Misstrauenserklärung gegenüber den kleinen Schulen.

Darum gebe es den Kompromiss: noch zwei Jahre Zeit. – Die Schulen könnten sich darauf vorbereiten.

Zum anderen seien aufwendige Vorgaben herausgenommen worden, zum Beispiel dieser Prozess der Erstellung von Urkunden und der Abschluss befristeter Verträge. Das belaste Schulleitungen und sei gar nicht deren Aufgabe. Dieses werde jetzt durch die Schulaufsicht gemacht, sodass bei den Schulen nur die Auswahlentscheidung verbleibe, welche Lehrer eingestellt würden. Der Vollzug werde dann durch die Bezirksregierungen übernommen.

Petra Vogt (CDU) findet das sehr positiv, dass man da an Erleichterungen denke. Von den kleinen Systemen kämen ja häufig die Klagen, Vorgesetzter, Hausmeister und alles in einer Person sein zu müssen.

Sie selber komme aus einem großen System und wisse, dass man das auch sehr gut verlagern könne. Dort arbeiteten viele mit. Das seien dann auch wirklich gute Freiheiten.

Umgekehrt bereiteten dann natürlich die Zahlen Sorge, wenn man an vielen kleinen Systemen keine Schulleiter mehr habe. Die CDU wäre sehr dafür, wenn da weitere Maßnahmen getroffen würden.

Für **Sigrid Beer (GRÜNE)** ist diese einvernehmliche positive Bewertung des Prozesses wichtig. Das Modellvorhaben selbstständige Schule habe durchaus Gräben zwischen Schulleitungen und Kollegien aufgerissen, bis das Verständnis für den Pro-

zess gewachsen sei. Sie erinnere sich an eine Anhörung, bei der Schulleiter gesagt hätten, selbstständige Schule sei das Beste, was ihnen habe passieren können.

Dass das im Konsens und in Absprache mit der Lehrergewerkschaft und den Verbänden konsequent fortgeführt werde, und zwar auch so abgesichert – so verstehe sie den Beitrag der Kollegin Vogt –, dass das Backoffice vernünftig organisiert sei und nicht noch der gesamte Papieraufwuchs und das Sorgen um rechtliche Gegebenheiten vor Ort abgeladen werde, sei das Wesentliche.

Deswegen auch die sorgsame Verzögerung im Prozess, aber trotzdem zielgerichtet, damit das weitergeführt werde. Sie bedanke sich dafür, dass das so angelegt sei, das miteinander zu besprechen, um es zielgerichtet weiterzuführen.

Sie wolle aber auch noch einmal festhalten, dass das Einvernehmen um die selbstständige eigenverantwortliche Schule, die pädagogisch souverän ihre Dinge gestalten könne, hier als allgemeines Ziel weiter verfolgt werde.

Monika Pieper (PIRATEN) findet es sehr gut, dass die Schule viele Aufgaben übernehme. Alles, was der Selbstständigkeit diene, sei zu unterstützen.

Sie wage aber die Behauptung, dass vor allem im Grundschulbereich gerade diese Aufgaben dazu führten, dass der eine oder andere sich nicht traue, sich auf so eine Stelle zu bewerben.

Es müsse auf das Verständnis hingewirkt werden, dass ein Schulleiter mit dem Tag, an dem er die Stelle antrete, nicht der perfekte Schulleiter sei. Da brauche es Unterstützungssysteme, vielleicht auch von Leuten, die schon länger Schulleiter seien. Man müsse versuchen, Kreise zu schaffen, damit sich diese Leute diese Aufgaben zutrauten. Wenn da noch ein bisschen mehr passieren würde, wäre das der Weg in die richtige Richtung.

Yvonne Gebauer (FDP) bedankt sich für die Erstellung des Berichtes.

Renate Hendricks (SPD) freut sich, dass der Bericht und das Ergebnis im Ausschuss so positiv aufgenommen würden. Das sei auch insgesamt positiv, wenn man sehe, dass das 2002 mit dem Versuch selbstständige Schule auf den Weg gebracht worden sei und man jetzt elf Jahre später hier angekommen sei. Das Selbstverständnis von Schulleitern habe sich in der Zwischenzeit deutlich verändert. Sie sei froh, dass diese neue Dienstvorgesetzteneigenschaftsregelung heute vorgelegt werden könne.

Sie finde es auch gut, dass es für die Grundschulen separate Lösungen gebe, damit die sich nicht überfordert fühlten.

Was das Backoffice in den Bezirksregierungen oder in den Schulämtern angehe, werde man sicherlich den Prozess aufmerksam beobachten müssen, ob das ausreiche und ob sich die Schulleitungen ausreichend unterstützt fühlten.

Denn davon werde am Ende auch abhängen, ob sich auch Frauen bewerben würden, Positionen in Schulleitungen zu übernehmen, und sich nicht alleine gelassen

fühlten. Hier würde sie sich ein bisschen Ermunterung wünschen, insbesondere für die Damen in den Grundschulen, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Ingola Schmitz (FDP) fragt, welche Maßnahmen die Schulaufsicht zur Unterstützung der Schulleitungen schon getroffen habe.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) legt dar, man habe Qualifizierungsmaßnahmen, bevor jemand Schulleitung werde. Das Ziel der Regierung sei es, dass Schulleitungen, bevor sie in ihr Amt kämen, schon begleitet und vorbereitet würden, mit diesem Assessmentverfahren und Unterstützungsverfahren.

Dabei habe es aber auch wieder die Diskussion gegeben, gerade im Umbauprozess, dass Kolleginnen und Kollegen schon Schulleitungen seien und dann nicht mit der Anforderung konfrontiert werden wollten, nur weil es jetzt ein neues Prozedere gebe, das auch durchlaufen zu müssen, weil sie sich schon bewährt hätten. Diese Balance müsse gefunden werden, beamtenrechtliche Auswahlverfahren usw. Sie meine, dass man gut daran tun werde, das pragmatisch anzugehen.

Sie sei auf dem Schulleiterkongress am vergangenen Wochenende gewesen, den der VBE durchgeführt habe und der eine immense Nachfrage nach Austauschmöglichkeiten deutlich gemacht habe. Die Schulleitungen wollten sich austauschen. Sie würden sicherer, indem eine Selbstvergewisserung stattfinde.

Die Lösung sei nicht, immer diese großen Kongresse zu machen. Aber man habe diverse Möglichkeiten, Austausch zu organisieren. Dazu gehörten die Bildungsnetzwerke vor Ort.

Man habe 1.000 Schulen im Netzwerk „Zukunftsschulen NRW“, 1.000 von 6.000 Schulen. Das sei eine sehr große Menge. Das sei eine ordentliche Etappe, die man da erreicht habe, letztlich auch ausgelöst durch die selbstständigen Schulen.

Dieser Netzwerkgedanke führe wirklich zu einem kollegialen Austausch der Schulleitungen untereinander. Der bestärke sie darin, dass sie mit der einen oder anderen Anforderung nicht alleine seien.

Natürlich stelle die Schulaufsicht diese Backoffice-Funktion bereit.

Dann sei auch klar, dass man da eine Unterstützungsperspektive geben könne. Alle täten gut daran, Frauen zu ermuntern, in Führungsämter zu gehen.

6 Fortsetzung des Landesprogramms Bildung und Gesundheit

Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer teilt mit, der Punkt sei von der Fraktion der Piraten beantragt worden. Der Antrag auf Berichterstattung durch die Landesregierung sei auch rechtzeitig eingegangen.

Es sei aber seinerzeit direkt signalisiert worden, dass es aufgrund einer Grippewelle im Ministerium Schwierigkeiten geben könne, den Bericht für diese Sitzung vorzubereiten. Er habe Frau Pieper auch recht zeitnah darüber informiert. Die Fraktion der Piraten habe zu dem Zeitpunkt bereits ihr Einverständnis erklärt, den Tagesordnungspunkt gegebenenfalls auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Fall sei so eingetreten. Deshalb werde Punkt 6 in dieser Sitzung nicht behandelt, sondern auf die nächste Sitzung verschoben.

7 Verschiedenes

Petra Vogt (CDU) äußert, gestern habe es einen Gerichtsbeschluss gegeben, dass die Lehrer ihre eigenen Lehrbücher nicht mehr bezahlen müssten. Die CDU interessiere, ob es bereits eine Einschätzung seitens des Ministeriums gebe, wie damit in Nordrhein-Westfalen umzugehen sei.

MDgt Werner van den Hövel (MSW) erläutert, Beklagter sei das Land Niedersachsen gewesen. Das sei ein Prozess vor dem Bundesarbeitsgericht gewesen. Er kenne nur die Presseerklärung, mehr nicht.

Es gebe aus Nordrhein-Westfalen bereits ältere Entscheidungen für den Beamtenbereich. Die stammten aus dem Jahr 2006 und gingen in eine ähnliche Richtung.

Es habe aber immer schon Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts gegeben, dass die Kosten für den einzelnen Lehrer oder für jeden Beamten bis zu 150 € tragbar seien.

Nordrhein-Westfalen habe bisher nie Lehrer verpflichtet, Bücher zu kaufen. Es habe immer die Grundentscheidung gegeben, dass die Schule aus der Lehrerbibliothek Bücher zur Verfügung stelle. Da habe es immer eine Praxis gegeben.

Natürlich nehme man jetzt die Entscheidung aus Erfurt zum Anlass, die Sache noch einmal zu überdenken. Man müsse die Entscheidungsgründe abwarten. Die kenne man nicht. Man kenne wirklich nur die Presseerklärung.

gez. Wolfgang Große Brömer

Vorsitzender

05.07.2013/10.07.2013

160